

UNIVERSITÄT VILNIUS

Audrius Juozapavičius

VERWERTUNGSVERBOT DER RECHTSWIDRIG ERHOBENEN BEWEISE
IM LITAUISCHEN STRAFVERFAHREN

Zusammenfassung der Doktordissertation
Sozialwissenschaften, Recht (01 S)

Vilnius, 2012

Die Dissertation wurde an der Universität Vilnius 2005–2011 entworfen.

Wissenschaftliche Leiterin:

Doz. Dr. Gabrielė Juodkaitė-Granskienė (Universität Vilnius, Sozialwissenschaften, Recht – 01S)

Die Dissertation wird vor dem wissenschaftlichen Rat Bereich Rechtswissenschaft der Universität Vilnius verteidigt:

Vorsitzender:

Prof. habil. Dr. Gintaras Švedas (Universität Vilnius, Sozialwissenschaften, Recht – 01S).

Mitglieder:

Prof. habil. Dr. Vytautas Nekrošius (Universität Vilnius, Sozialwissenschaften, Recht – 01S);

Doz. Dr. Gintaras Goda (Universität Vilnius, Sozialwissenschaften, Recht – 01S);

Prof. Dr. Andrius Nevera (Mykolas-Romeris-Universität, Sozialwissenschaften, Recht – 01S);

Doz. Dr. Rokas Uscila (Mykolas-Romeris-Universität, Sozialwissenschaften, Recht – 01S).

Opponenten:

Prof. Dr. Armanas Abramavičius (Universität Vilnius, Sozialwissenschaften, Recht – 01S);

Prof. Dr. Hendryk Malevski (Universität Šiauliai, Sozialwissenschaften, Recht – 01S).

Die Dissertation wird am 3. Februar 2012 um 14.00 Uhr in einer öffentlichen Sitzung des wissenschaftlichen Rats Bereich Rechtswissenschaft im J. Jablonskis-Auditorium der Fakultät für Rechtswissenschaft verteidigt.

Die Zusammenfassung der Dissertation wurde am 29. Dezember 2011 versendet.

Die Dissertation kann an der Bibliothek der Universität Vilnius durchgesehen werden.

VILNIAUS UNIVERSITETAS

Audrius Juozapavičius

DUOMENŲ (ĮRODYMŲ), GAUTŲ PAŽEIDŽIANT TEISĘ, NAUDOJIMO
NELEISTINUMAS LIETUVOS BAUDŽIAMAJAME PROCESSE

Daktaro disertacijos santrauka
Socialiniai mokslai, teisė (01 S)

Vilnius, 2012

Disertacija rengta 2005–2011 metais Vilniaus universitete

Mokslinis vadovas:

doc. dr. Gabrielė Juodkaitė-Granskienė (Vilniaus universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S)

Disertacija ginama Vilniaus universiteto Teisės mokslo srities taryboje:

Pirmininkas:

prof. habil. dr. Gintaras Švedas (Vilniaus universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S).

Nariai:

prof. habil. dr. Vytautas Nekrošius (Vilniaus universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S);

doc. dr. Gintaras Goda (Vilniaus universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S);

prof. dr. Andrius Nevera (Mykolo Romerio universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S);

doc. dr. Rokas Uscila (Mykolo Romerio universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S).

Oponentai:

prof. dr. Armanas Abramavičius (Vilniaus universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S);

prof. dr. Hendryk Malevski (Šiaulių universitetas, socialiniai mokslai, teisė – 01S).

Disertacija bus ginama viešame Teisės mokslo krypties tarybos posėdyje 2012 m. vasario mėn. 3 d. 14 val. Teisės fakulteto J. Jablonskio auditorijoje.

Disertacijos santrauka išsiuntinėta 2011 m. gruodžio mėn. 29 d.

Disertaciją galima peržiūrėti Vilniaus universiteto bibliotekoje.

Einführung

Die untersuchte Problematik und Aktualität des Themas. Unabhängig von der Rechtstradition stößt man in jedem Rechtssystem auf das strafprozessuale Problem des Verwertungsverbots rechtswidrig erhobener Beweise. Es ist bereits in der Idee des Rechtsstaates selbst verschlüsselt. Einerseits muss der Staat die Gesellschaft und ihre Mitglieder vor strafrechtlichen Versuchen beschützen, Straftaten aufklären und Personen, die Straftaten begangen haben, bestrafen. Andererseits, der Staat hat gesetzmäßige Maßnahmen anzuwenden und allgemein anerkannte Normen der Menschenrechte und des Schutzes der Freiheiten einzuhalten. In der Praxis gelingt es nicht immer, bei der Aufklärung der Straftaten die Verletzung des Rechtsmäßigkeitsgrundsatzes während der Hauptverfahrenstätigkeit, d. h. der Beweisansammlung zu vermeiden. In derartigen Fällen entsteht meistens die Frage, ob die Ergebnisse, d. h. die Beweise, einer Handlung, die rechtswidrig durchgeführt wurde, bei Begründung der Beteiligung eines Schuldigen an der Straftatbegehung und seines Verschuldens verwertet werden dürfen.

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht einfach. Der Behauptung des berühmten deutschen Wissenschaftlers des Strafprozessrechts K. Rogall nach wäre jedes Rechtssystem, das jeden Rechtsverstoß wegen eines Beweisverbots bedingungslos sanktionieren würde, nicht imstande, strafprozessrechtliche Ziele zu verwirklichen, und würde sogar sich selbst belähmen; andererseits aber, wenn es in Bezug auf Verfahrensverstöße indifferent bliebe, würde es sowohl den in der Verfassung verankerten Rechtsmäßigkeitsgrundsatz nicht einhalten als auch sich selbst *ad absurdum* diskreditieren lassen, indem gesetzlich geschützte Interessen ihren Sinn verlieren würden und Rechtsnormen nur empfehlender Rechtsnatur blieben sowie Missbrauch vorherrschen würde. Der Behauptung von K. Rogall, dass die Beantwortung dieser Frage keinesfalls kategorisch sein darf, ist nur zu zustimmen.

Die am 1. Mai 2003 in Kraft getretene Strafprozessordnung der Republik Litauen (nachfolgend im Text wird StPO, neue StPO bezeichnet) hat viele Neuerungen innerhalb der strafprozessualer Beweisführung festgelegt. Als eine von derartigen Neuerungen könnte man z. B. die unmittelbar verankerten Bestimmungen erwähnen, laut denen *Beweise sind es die, die im Strafverfahren gesetzmäßig erhoben werden* (StPO, Art. 20, Teil 1) und *nur rechtmäßig erhaltene (erhobene) Angaben können als Beweise dienen* (StPO, Art. 20, Teil 4). Auf ersten Blick entsteht hier der Eindruck, dass der Gesetzgeber die ganze Problematik der Verwertung rechtswidrig erhobener Angaben als Beweise aufgrund dieser Bestimmungen im Strafverfahren gelöst hat, d. h., dass derartige Angaben als Beweise nicht dienen dürfen. Wenn diese Bestimmungen jedoch unmittelbar zu verstehen wären, müsste dann jeder beliebige bei Beweiserhebung begangene Rechtsverstoß die Unwahrscheinlichkeit von Grund aus verursachen, dass derartige Angaben als strafprozessuale Beweise sein können; höchstwahrscheinlich würde das Ganze zur Lähmung der gesamten Strafrechtspflege führen. Eine indirekte Erläuterung dieser Bestimmungen jedoch bedarf zusätzlicher Kriterien, die sowohl klar als auch begründet sein sollen.

Die Frage der Verwertung rechtswidrig erhobener Beweise, als einer Beweismöglichkeit, wird in der litauischen strafprozessualen Doktrin traditionsgemäß unter dem Gesichtspunkt der Kategorie *Beweisulässigkeit* analysiert. Allerdings ist diese Rechtskategorie, die zu den Hauptkategorien des Beweisrechts gehört, zugleich auch eine der meist unbestimmten Kategorien innerhalb der strafprozessualen Beweislehre. Bis heutzutage gibt es in der strafprozessrechtlichen Doktrin keine klare Stellungnahme, warum die eine bzw. eine andere Anforderung, die an die Beweise gestellt wird, der *Beweisulässigkeit* zugeordnet wird, was für einen Sinn und was für eine prozessrechtliche Bedeutung haben *Beweisverwertungsverbote*, welche konkreten Grundlagen haben *Beweisverwertungsverbote* und was für eine Bedeutung hat diese Rechtserscheinung im Allgemeinen. Für die Feststellung, in welchen Fällen ein bei der Beweiserhebung begangener Rechtsverstoß ein Beweisverwertungsverbot verursachen wird, sind wissenschaftlich fundierte Antworten von besonderer Wichtigkeit.

Die Bestimmung der doktrinbegründeten Kriterien, aufgrund derer das Dilemma der Beweisverwertungszulässigkeit bzw. des Beweisverwertungsverbots, wenn die Beweise auf eine bzw. andere rechtswidrige Weise erhoben werden, gelöst werden kann, ist in der Praxis von besonders großer Bedeutung. Eine unqualifizierte Lösung der Frage kann nicht nur die Bestimmungen der nationalen und internationalen Rechtsakte verletzen, sondern auch zu einer Freisprechung einer Person, die eine Straftat begangen hat, oder Verurteilung einer unschuldigen Person entscheiden, sowie zur gesellschaftlichen Vertrauenskrise innerhalb der Strafjustiz führen. Ungeachtet dessen, dass die neue Strafprozessordnung (StPO) seit mehr als acht Jahren in Kraft ist, wurde bisher jedoch keine klaren Kriterien für die Lösung dieser Frage von der Gerichtspraxis angeführt.

Gegenstand der Dissertationsforschung. Der Gegenstand dieser Dissertationsforschung umfasst gesellschaftliche Verhältnisse, die sich danach gestalten, wenn die Beweise, die für eine gerechte Entscheidung eines Strafverfahrens wichtig sind, rechtswidrig erhoben wurden, und, wenn das Dilemma der Verwertungszulässigkeit bzw. des Verwertungsverbots solcher Beweise entschieden wird.

Ziel und Aufgaben der Arbeit. Mit dieser Arbeit bemüht sich Autor, die Konzeption der *Beweisulässigkeit* ausführlich zu analysieren, ihre wissenschaftliche Fundiertheit hinsichtlich der Rechtsregelung des neuen Strafverfahrens (der neuen StPO) zu ermitteln und Grundlagen des *Verwertungsverbots* rechtswidrig erhobener Beweise zu erforschen.

Für die Erreichung der gesetzten Ziele werden folgende Aufgaben gestellt:

- Aufzuzeigen, dass die Konzeption der *Beweisulässigkeit* auch für die alte StPO gilt;
- Den Einfluss der Novellen der neuen StPO in der Beweisführung auf die Ermöglichung der Verwendung von Angaben als der Verwendung von

Beweisen im Strafverfahren darzustellen und eine neue Konzeption der *Beweiszulässigkeit* zu entwickeln;

- Den Inhalt und die Bedeutung des *Verwertungsverbots* rechtswidrig erhobener Beweise aufzudecken und die Grundlagen für ein solches Verbot zu definieren.

Hypothese der Dissertationsforschung. Eine unangemessene Auffassung (Konzeption) der *Beweiszulässigkeit* sowie mangelnde Definierbarkeit der Kriterien, aufgrund deren festgelegt wird, wann es zu einem *Verwertungsverbot* rechtswidrig erhobener Beweise im Strafverfahren kommt, kann zu einer unangemessenen Verwirklichung der Gerechtigkeit führen.

Die zu verteidigenden Leitsätze der Dissertation. Die durchgeführte Forschung und die formulierten Schlussfolgerungen begründen folgende zu verteidigende Leitsätze:

1. Den Inhalt der *Beweiszulässigkeit* bilden zwei verhältnismäßig selbstständige Rechtskategorien, die man gemäß der bestehenden Rechtsregelung als *Beweiserhebungszulässigkeit* und *Beweisverwertungsverbot* bezeichnen kann; die zuletzt genannte Kategorie ist als ein *Rechtsverbot* zu betrachten, bestimmte Angaben im Strafprozess als Beweise zu verwerten.
2. Formell gesehen *ist die Verwertung* derjenigen Beweise *unzulässig*, die rechtswidrig erhoben worden sind, und bei deren Verwertung das Gericht (bzw. ein anderes Subjekt) selbst gegen das Recht verstößt; in materieller Hinsicht (in Bezug auf Inhalt) *ist die Verwertung* solcher Beweise *unzulässig*, derer Verwertung unmittelbar vom Gesetz verboten wird, oder dann, wenn es in Bezug auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht rechtfertigend ist.
3. *Das Verwertungsverbot* rechtswidrig erhobener Beweise wird weder durch das Bestreben, Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden *bei ihrer Beweiserhebungstätigkeit von den Rechtsverletzungen* abzuschrecken, noch durch das Bestreben, *die strafrechtliche Integrität zu sichern*, gerechtfertigt. *Das Verwertungsverbot* rechtswidrig erhobener Beweise rechtfertigt nur das Streben nach dem *Schutz individueller Rechte*.
4. In den gesetzlich nicht direkt festgestellten Fällen sind Beweise, die rechtswidrig erhoben worden sind, als *verwertungsunzulässig* nur dann zu bestimmen, wenn während ihrer Erhebung *Prozessrechte des Verdächtigen (des Angeklagten)* verletzt werden, die es nicht verhältnismäßig wäre durch andere Maßnahmen, als durch das *Beweisverwertungsverbot*, auszugleichen.

Novität und Bedeutung der Arbeit. *Beweiszulässigkeit* ist eines der am seltensten behandelten Themen in der gesamten litauischen strafprozessrechtlichen Doktrin. Vor dem Wirksamwerden der neuen StPO haben zu diesem Thema A. Liakas, P. Danisevičius, J. Rinkevičius und E. Palskys am meisten geschrieben. Nach Inkrafttreten der neuen StPO wurde *die Zulässigkeit der Beweise* unter einem bzw. einem anderen Gesichtspunkt von M. Kazlauskas, P. Kuconis, G. Goda, R. Merkevičius, L. Belevičius und R. Jurka erforscht. Von den genannten Autoren zeichnet sich

besonders R. Merkevičius dadurch aus, dass er als Erster auf die Unklarheiten der Auffassung *Beweisulässigkeit* aufmerksam gemacht hat und aufgrund der deutschen Doktrin „der Beweisverbote“ seine ausführlich argumentierte Stellungnahme über die Möglichkeit, die Tatsacheninformationen zu verwerten, die durch Verletzung des Prozessstatus des Verdächtigten erhoben wurden, zur Geltung gebracht hat. Bis jetzt liegen jedoch keine komplexen Untersuchungen über den Einfluss der Konzeption *Beweisulässigkeit* als eines bei der Beweiserhebung begangenen Verfahrensverstößes auf die Verwertungszulässigkeit der Angaben als Beweise vor.

Eine große Aufmerksamkeit wird *der Beweisulässigkeit* inkl. *Verwertungsverbot* rechtswidrig erhobener Beweise (Verbote, Unwirksamkeit, Entfernung der Beweise etc.) in den Staaten der kontinentalen europäischen Rechtstradition, die deutsche Rechtsgedanken vertreten (in Deutschland, Österreich, in der Schweiz), aber auch in den Ländern angelsächsischer Rechtstradition. Zu erwähnen sind folgende bedeutende Wissenschaftler im Strafprozessrecht, die sich mit dieser Problematik auseinandergesetzt haben, wie C. Roxin, W. Beulke, K. Rogall, G. Grünwald, K. H. Gössel, H. Kühne, H. J. Rudolphi, H. Petry, Ch. T. McCormick, J. H. Wigmore, A. Zuckerman, J. Pradel. In dieser Dissertationsforschung wird mit Stellungnahmen genanter und anderer Autoren diskutiert. In Berücksichtigung der Besonderheiten des litauischen Rechtssystems wird auch eine eigene Position entwickelt.

Die Dissertationsforschung ist nicht nur in theoretischer Hinsicht von Bedeutung. Die Grundlagen des Verwertungsverbots rechtswidrig erhobener Beweise und konkrete Kriterien für die Entscheidung, wann ein bei Beweiserhebung begangener Rechtsverstoß zu einem Verwertungsverbot der Beweise im Strafverfahren führt, sind für die Gerichtspraxis von besonderer Wichtigkeit. Die formulierten Schlussfolgerungen helfen den Gerichtsinstituten, den Inhalt und die Bedeutung *der Beweisulässigkeit* zu begreifen; konkrete Kriterien *des Verwertungsverbots* bei rechtswidrig erhobenen Beweisen werden höchstwahrscheinlich zur Verwirklichung der Gerechtigkeit beitragen.

Arbeitsquellen und -methoden. Zu den Hauptquellen dieser Dissertationsforschung gehören wie folgt diejenigen: Verfassung der Republik Litauen, Rechtsprechung des Verfassungsgerichts der Republik Litauen, Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Strafprozessordnung der Republik Litauen und Gerichtspraxis des Strafrechtssenats des Obersten Gerichts der Republik Litauen, strafprozessrechtliche Gesetze Deutschlands, Frankreichs, Italiens und anderer Staaten des kontinentalen Europas, sowie Gerichtspraxis der Obersten Gerichte dieser Staaten, verfassungsrechtliche Regelungen und statutarisches Recht sowie Gerichtspraxis der obersten Gerichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, des Vereinigten Königreichs; strafprozessrechtliche Doktrinen der Republik Litauen und sonstiger Staaten.

In dieser Forschungsarbeit werden folgende übliche Rechtsforschungsmethoden angewandt, wie die historische und linguistische Methode, Methoden der logischen

Analyse und der Systemanalyse, teleologische und vergleichende rechtswissenschaftliche Methoden.

Aufbau der Arbeit. Die Dissertationsforschung umfasst die Einführung, zwei Darlegungs- u. Forschungsteile, die Schlussfolgerungen und Empfehlungen sowie auch das Literaturverzeichnis.

Im ersten Teil, der „*Die Konzeption der Beweisulässigkeit im Strafprozessrecht der Republik Litauen*“ heißt, werden die Entstehungsbegebenheiten der *Beweisulässigkeit* als einer Rechtserscheinung im litauischen Strafprozessrecht analysiert, ihr Inhalt und ihre Bedeutung sowie das sinngemäße Gewicht des Verfahrensrechts im Rahmen der Rechtsregelung des gegenwärtigen Strafverfahrens ermittelt.

Der erste Kapitel des ersten Teils „*Beweisulässigkeit vor dem Inkrafttreten der neuen StPO*“ befasst sich damit, wie sich die Konzeption des Beweisrechts im litauischen Strafprozessrecht seit dem Mittelalter bis in die modernen Zeiten unter dem Gesichtspunkt der Verwertungszulässigkeit bestimmter Informationen im Strafprozess verändert hat, wobei die historische Methode angewandt wird. Die größte Bedeutung wird dem Zeitraum der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen gewidmet, zu dem sich spezifische Terminologie und Grundbestimmungen der *Beweistheorie* im litauischen Strafprozessrecht festgesetzt hat. In Berücksichtigung der durchgeführten wissenschaftlichen Analyse werden in diesem Kapitel folgende gravierenden Schlussfolgerungen gezogen:

Der Begriff *Beweisulässigkeit* ist im litauischen Strafprozessrecht zur Zeit der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen *entstanden*; die strafrechtliche Doktrin hat diesen Begriff von der im sowjetischen Raum damals geherrschten *Beweistheorie* übernommen. In der alten StPO wurde die Definition der *Beweisulässigkeit* nicht verwendet. In der Doktrin hat man sie jedoch mit der Beweisdefinition in Zusammenhang gestellt, die im Paragraf 74 der älteren StPO verankert war. Der in dem Strafprozessgesetz festgeschriebene Begriff der Beweise, der die endgültige Beweisquellenliste einschließt, war eine normative Grundlage für die *Zulässigkeit der Beweise*. Die *Beweisulässigkeit* wurde in der Doktrin durch bestimmte im Strafprozessgesetz verankerte Anforderungen definiert. Diese Anforderungen waren auf die Beweiserlangung bezogen, nämlich: Beweise sollten aus rechtmäßigen (gesetzmäßigen) Quellen stammen und aufgrund rechtmäßiger Art und Weise (Methoden) angeführt werden, d. h. unter Einhaltung aller Regeln über die Ausführung und Fixierung der Handlungen gemäß dem Strafprozessgesetz. Diese Anforderungen standen in Verbindung nur formell gesehen; eine gemeinsame inhaltliche Grundlage besaßen sie jedoch nicht. Der wesentliche Mangel der damaligen Lehre bestand darin, dass die der *Beweisulässigkeit* zugeordneten Anforderungen nicht nur als die im Strafprozessgesetz festgelegten Anforderungen, die an Beweiserhebung bzw. Beweisführung gestellt wurden, behandelt wurden, sondern auch als Kriterien, mittels derer die Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit des Beweises entschieden wurde. Allerdings zeichneten sich diese Kriterien entweder

durch eine zu große Undeterminiertheit aus bzw. hat man sie ohne notwendige Begründung angeführt. Die damalige Doktrin, die sich von Grund aus auf die Idee der Beweise als einer Einheit von Inhalt und Form beruhte, vermochte es nicht, den zwischen den Beweisen bestehenden Unterschied rationell zu begründen: Beweise waren deswegen unzulässig, weil sie unzuverlässig waren, oder zulässig anerkannte Beweise galten als unzuverlässig. Und auch warum in bestimmten Fällen ein Beweis als unzulässig anerkannt wird, ohne ihn unter dem Gesichtspunkt seiner Zuverlässigkeit (Glaubhaftigkeit) konkret zu analysieren, z. B.: ein Beweis, der bei Verletzung der menschlichen Würde von einer nicht bevollmächtigten Person rechtswidrig erhoben wird.

Zweiter Kapitel des ersten Teils, der als „Konzeption der Beweiszulässigkeit nach dem Inkrafttreten der neuen StPO“ betitelt ist, wird in zwei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt heißt **„Beweiszulässigkeit als Gesamtheit gesetzlicher Anforderungen (traditionsgemäße Auffassung)“**, der zweite Abschnitt – **„Beweiszulässigkeit als Beweiserhebungszulässigkeit und Beweisverwertungsverbot (alternative Auffassung)“**.

Im ersten Abschnitt wird die in der litauischen strafprozessualen Rechtsdoktrin und Gerichtspraxis vorherrschende Auffassung der *Beweiszulässigkeit* analysiert und ihre positiven Aspekte und Mängel identifiziert. Aufgrund einer durchgeführten wissenschaftlichen Analyse kommt man in diesem Abschnitt zu derartigen gravierenden Schlussfolgerungen:

Die vorherrschende strafprozessuale Rechtsdoktrin und Gerichtspraxis bestimmt traditionsgemäß die *Beweiszulässigkeit* als eine Gesamtheit bestimmter gesetzlicher Anforderungen an Beweise. Die *Anforderungen*, die der *Beweiszulässigkeit* zugeordnet sind, werden im § 20 Abs. 1 und 4 der neuen StPO festgelegt; gemäß diesen Regelungen werden nur diejenigen Angaben als Beweise akzeptiert, die folgenden Anforderungen entsprechen: Beweise müssen gesetzlich erhoben und rechtmäßig gesammelt worden sein, sowie soll eine Möglichkeit bestehen, sie durch Anwendung der von der StPO festgelegten Prozesshandlungen zu überprüfen.

Die Analyse der Bestimmung laut StPO § 20, Abs. 1: „Strafprozessrechtliche Beweise sind gesetzlich gesammelte Angaben“ hat in Bezug auf ihre Entwicklung, Auslegung und Anwendung in der Gerichtspraxis gezeigt, dass diese Bestimmung als begründet erscheint, wenn man sie als eine Verpflichtung staatlichen Einrichtungen und deren Amtspersonen gegenüber betrachtet, bei Beweiserhebung gesetzmäßig zu handeln, ohne dass die Grenzen der Gesetze überschritten werden. Diese Bestimmung ist jedoch kein angebrachtes Kriterium für die Nichtanerkennung der Angaben als Beweise.

Die Analyse der Bestimmung laut Abs. 4, § 20 der StPO: „Beweise dürfen nur rechtmäßig erlangt werden“ hat in Bezug auf ihre Entwicklung, Auslegung und Anwendung in der Gerichtspraxis gezeigt, dass diese Bestimmung unmittelbar verstanden wird; sie wird als eine grundsätzliche Bestimmung bzw. Verpflichtung betrachtet, die eher mehr auf den Beweiserhebungsprozess ausgerichtet ist als für ein

Kriterium der Nichtanerkennung von Angaben akzeptiert wird. Sowohl gemäß der Doktrin als auch der Gerichtspraxis führt nicht jeder bei Erhebung (Erlangung) von Angaben begangener Rechtsverstoß zu deren Nichtanerkennung als Beweise. Die durchgeführte Analyse ermöglichte außerdem innerhalb der Gerichtspraxis eine bestimmte Unnatürlichkeit bei Unterscheidung der Angaben festzustellen, die als Beweise nicht anerkannt werden, weil sie unzuverlässig sind, und, die als Beweise anerkannt werden, jedoch unzuverlässig sind.

Die Analyse der Bestimmungen des Abs. 4 § 20 der StPO, die behaupten, dass Beweise nur derartige Angaben sein dürfen, die durch die in der StPO festgelegten Handlungen überprüft werden können, hat in Bezug auf ihre Entwicklung, Auslegung und Anwendung in der Gerichtspraxis gezeigt, dass diese Bestimmung mit dem Zeitpunkt der Erlangung von Angaben (Beweisen) nicht zusammenhängt und in dieser Hinsicht sich von den anderen, der Beweisulässigkeit zugeordneten Anforderungen unterscheidet.

Im zweiten Abschnitt (**„Beweisulässigkeit als Zulässigkeit der Beweiserhebung und Beweisverwertungsverbot (alternative Auffassung)“**) wird in Berücksichtigung der Schlussfolgerungen bei der Analyse der traditionellen Auffassung *Beweisulässigkeit* und ihrer festgestellten Mängel eine alternative Auffassung von *Beweisulässigkeit* abgefasst, wobei man sich grundsätzlich auf die Methoden der Systemanalyse und der vergleichenden Rechtslehre zurückgegriffen hat.

Aufgrund der durchgeführten Forschungsarbeit wird behauptet, dass eine bestimmte Trennung, die zwischen der Anforderung, strafprozessuale Beweise nur rechtmäßig zu sammeln, und den Kriterien, aufgrund deren festgestellt wird, wann rechtswidrig erhobene Angaben als Beweise nicht anerkannt werden, bei allen Rechtssystemen – sowohl kontinentaler als auch angelsächsischer Tradition – existiert; und unabhängig davon, wie intensiv darüber postuliert wird, dass Beweise erst dann zulässig (akzeptabel, geltend usw.) sind, wenn sie gesammelt sind, ohne Rechtsverletzungen begangen zu haben. Hierbei wird eine Schlussfolgerung gezogen, dass die Auffassung der *Beweisulässigkeit* eigentlich zwei verhältnismäßig selbstständige Rechtskategorien vereint, und nämlich: *Beweiserhebungszulässigkeit* und *Beweisverwertungsverbot*. In dieser Dissertationsforschung wird der Inhalt der Rechtskategorien nicht nur mithilfe der linguistischen und logischen Methoden, der Systemmethode und der teleologischen Methode der Rechtsforschung, sondern auch unter Anwendung der vergleichenden Methode der Rechtslehre ermittelt. Hier werden auch die Auffassungen ergründet, die in fremden Sprachen bestehen: deutsche *Beweisverbote*, englische *admissibility of evidence*, russische *допустимость доказательств*) sowie sinnverwandte Institute bei anderen Rechtssystemen. Abschließend wird eine Schlussfolgerung gezogen, dass die *Beweiserhebungszulässigkeit* eigentlich die Grenzen einer rechtmäßigen (zugelassenen) und einer durch Rechtsnormen festgelegten Tätigkeit der Rechtsträger bei Beweiserhebung darstellt. Das *Beweisverwertungsverbot* bedeutet dagegen ein

Rechtsverbot, bestimmte Angaben als strafprozessrechtliche Beweise zu verwerten: sie im Strafverfahren zu analysieren, bewerten, darauf eigene Überzeugungen aufzubauen und Prozessentscheidungen zu begründen.

Hier wird ausgesagt, dass ein Rechtsverbot, unzuverlässige Angaben (Beweise) nicht zu verwerten, im litauischen strafprozessualen Recht, das das Institut eines Geschworenengerichts nicht besitzt, eigentlich überflüssig ist, und das von jedem Grund abgesehen, warum die Angaben (Beweise) als unzuverlässig eingeschätzt werden (sei es ein menschlicher Fehler, eine unbekannte Informationsherkunft, eine Verletzung der Verfahrensmethode oder Ä.); eine derartige Verwertung von Beweisen wird bei der Festlegung der zu beweisenden Umstände durch das eigentliche Hauptziel des Strafverfahrens verhindert, und nämlich durch eine gerechte (im Sinne des materiellen Rechts) Urteilsfällung.

Aufgrund der Forschungsarbeit wird ebenfalls behauptet, dass ein Rechtsverbot, bestimmte Angaben als Beweise im Strafverfahren zu verwerten, nicht nur deswegen angewandt werden kann, dass Angaben (Beweise) rechtswidrig erlangt werden. Daher wird in der Dissertationsforschung empfohlen, *das Beweisverwertungsverbot* in ein *unselbstständiges Beweisverwertungsverbot* und ein *selbstständiges Beweisverwertungsverbot* zu trennen. Es wird hervorgehoben, dass der weitere Gegenstand dieser Dissertationsforschung ausschließlich *das nicht selbstständige Beweisverwertungsverbot* ist.

Im zweiten Teil, der „**Grundlagen des Verwertungsverbots rechtswidrig erhobener Beweise**“ heißt, wird eine wissenschaftliche Analyse vorgenommen, um verfassungsrechtliche Grundlagen des Verwertungsverbots rechtswidrig erhobener Beweise zu identifizieren und die Bedeutung und Rechtfertigung dieser Rechtserscheinung im Strafverfahren zu ermitteln.

Im ersten Kapitel des zweiten Teils „**Verfassungsrechtliche Aspekte des Verwertungsverbots rechtswidrig erlangter Beweise**“, werden Fragen der *Verwertungszulässigkeit* (bzw. *-verbots*) rechtswidrig erlangter Angaben (Beweise) im Rahmen der Bestimmungen der Verfassung der Republik Litauen und der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung erforscht. Es wird betont, dass die Verfassung der Republik Litauen keine festgelegten Bestimmungen über direkte Regelung des Beweisverwertungsverbots. Mit einer unmittelbaren Analyse dieser Frage befasste sich nie auch die Jurisprudenz des Verfassungsgerichts der Republik Litauen. Dem Verhältnis einer effektiven (funktionstüchtigen) Strafrechtspflege mit anderen Verfassungswertigkeiten wird die größte Bedeutung gewidmet. Man kommt zu einer Schlussfolgerung, dass der Imperativ der funktionstüchtigen Strafrechtspflege im Rahmen der strafprozessrechtlichen Beweisführung eine grundsätzliche Bestimmung voraussetzt, dass all das, was für Festlegung der Wahrheit in einem Strafverfahren behilflich sein kann, ist aufzufinden (falls möglich) und zu verwerten; das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise ist erst dann anzuwenden, wenn es unmittelbar gesetzlich geregelt wird oder wenn die Verwertung derartiger Angaben

(Beweise) unter dem Gesichtspunkt des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Gleichmäßigkeit in strafprozessualer Hinsicht nicht rechtfertigend wäre.

Zweiter Kapitel des zweiten Teils „Ratio des Verwertungsverbots rechtswidrig erhobener Beweise“ erforscht im Rahmen der vergleichenden Analyse der Rechtslehre drei Grundideen (Grundziele), die als Begründung für das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Angaben (Beweise) dienen können: 1) Disziplinieren der Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden; 2) Sicherung der strafprozessualen Rechtsintegrität und 3) Schutz/Sicherung individueller Rechte. Diese Ideen werden unter dem Gesichtspunkt des verfassungsrechtlichen Gleichmäßigkeitsgrundsatzes ergründet. Es wird erstrebt zu klären, in welchen Fällen das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Angaben (Beweise) eine angemessene, erforderliche und adäquate (gleichmäßige im engeren Sinne) Maßnahme ist, um das erwünschte Ziel zu erreichen.

Im Abschnitt **„Disziplinieren der Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden“**, wird eine wissenschaftliche Analyse durchgeführt, aufgrund der die zu verteidigende These bestätigt wird, dass das Bestreben, Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden von Rechtsverletzungen abzuschrecken, das Verwertungsverbot rechtswidrig erlangter Angaben (Beweise) im litauischen Strafverfahren nicht rechtfertigt. Man kommt zu einer Schlussfolgerung, dass das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Angaben (Beweise) als eine Disziplinierungsmaßnahme der Amtspersonen der Strafverfolgungsinstanzen von fragwürdiger Wirksamkeit ist, und dass kein sinngemäßes Verhältnis zwischen dem erstrebten Ziel und der zwecks seiner Erzielung eingesetzten Maßnahme (des Beweisverwertungsverbots) besteht. Es wird auf die methodologischen Mängel dieses Ziels als einer der Grundlage hingewiesen, die das Beweisverwertungsverbot rechtfertigen würde.

Im Abschnitt **„Sicherung der Integrität der strafrechtlichen Justiz (Legitimationsproblem)“** wird die Problemfrage erforscht, ob das Bestreben, die Integrität der strafrechtlichen Justiz zu sichern, das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise rechtfertigen kann. Für das Gericht, das die Frage der Verwertungszulässigkeit (des Verwertungsverbots) bei rechtswidrig erhobenen Beweisen behandelt, entsteht hinsichtlich der Sicherung der Integrität bei einer Gerechtigkeitsdurchführung ein Dilemma: soll das Gericht die rechtswidrig erlangten Beweise verwerten und dadurch der begangenen Verletzung indirekt zustimmen oder soll es derartige Beweise als verwertungsunzulässig anerkennen und dadurch jedoch ein Risiko eingehen, eine Person freizusprechen, die wahrscheinlich doch die Straftat begangen hat. Man kommt zu einer Schlussfolgerung, dass das Problem der Sicherung der Rechtsintegrität bei den Strafverfolgungsbehörden bei der Frageentscheidung über die Verwertungszulässigkeit bzw. das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise im Strafprozess zu einer Gewichtung bestimmter Interessen führt: auf eine „Waagschale“ wird das Gewicht der bei Beweiserhebung begangenen Rechtsverletzung gelegt (welche Rechte, Freiheiten oder gesetzmäßige Interessen

wurden verletzt, Verletzungsgrad usw.), auf die andere – die Schwere der zu inkriminierenden Verletzung. Es wird argumentiert, dass die Lehre über die Abwägung der Interessen in einem Rechtsstaat nicht annehmbar ist. Schließlich kommt man zu einer Schlussfolgerung, dass das Bestreben nach Sicherung der Rechtsintegrität bei Strafrechtsbehörden das Verwertungsverbot bei rechtswidrig erhobenen Beweisen nicht rechtfertigen kann.

Im Abschnitt „**Sicherung individueller Rechte**“ wird das Beweisverwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise als ein Instrument des Schutzes individueller Rechte analysiert. Die „Theorie des durch eine Rechtsnorm geschützten Ziels“ wird ausführlich ergründet. Eine Schlussfolgerung wird gezogen, dass wenn dem Beweisverwertungsverbot ein positives Ziel zugeteilt wird, setzt es voraus, dass Beweise dann als unannehmbar akzeptiert werden müssten, wenn auf diese Weise das gesichert wird, was noch zu sichern ist. In Berücksichtigung dessen, dass danach Fragen über die Beweisverwertungszulässigkeit bzw. das Beweisverwertungsverbot entstehen, wenn ein konkretes gesetzlich geschütztes Recht bereits verletzt wurde, wird der Schutz individueller Rechte im Rahmen des zu erforschenden Hintergrunds als eine Art Verteidigung verletzter Rechte angesehen, und nämlich als ihre Wiederherstellung bzw. Entschädigung. Man wirft eine Frage auf: in welchen Fällen ist es nicht mehr möglich, begangene Rechtsverletzungen anderweitig zu kompensieren, als wenn die auf diese Weise erhobenen Beweise als strafprozessual verwertungsunzulässig anzuerkennen. Durch Anwendung einiger Methoden, und zwar Methoden der Systemanalyse und der vergleichenden Rechtsforschung wird die zu verteidigende These begründet, dass rechtswidrig erhobene Angaben (Beweise) in gesetzlich direkt nicht festgelegten Fällen als verwertungsunzulässig anzuerkennen sind, wenn bei deren Erhebung Prozessrechte des Verdächtigen (Angeklagten) verletzt werden, die durch andere Maßnahmen, als durch Beweisverwertungsverbot, zu ersetzen nicht gleichmäßig erscheint. Aufgrund der durchgeführten wissenschaftlichen Analyse wird eindeutig gesagt, dass derartige Rechte die grundlegenden Prozessgarantien des Verdächtigen (Angeklagten) bedeuten, die die Rechte auf seine passive und aktive Verteidigung gewährleisten.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Aufgrund der durchgeführten Analyse der normativen und speziellen Literatur, der Studien über das empirische Material und der Forschung der vergleichenden Information werden folgende Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen unterbreitet:

1. Die Analyse der in Punkt 1 und 4 § 20 der StPO verankerten Bestimmungen, die traditionsgemäß mit *der Zulässigkeit der Beweise*, ihrer Auslegung und Anwendung in der Gerichtspraxis identifiziert werden, sowie die Analyse der Doktrinentwicklung bestätigt, vor allem, hier besteht eine Trennung zwischen den Anforderungen, die an die Beweiserhebung (Beweiserlangung) gestellt werden, und den Kriterien, aufgrund denen festgestellt wird, wann die Angaben nicht anzuerkennen (nicht zu akzeptieren) sind –

jedoch muss man auch zum Ausdruck bringen, dass diese Anforderungen und Kriterien nicht übereinstimmen; zum Zweiten: es besteht eine gewisse undefiniertbarkeit bei Anführung des Inhalts, wenn Angaben als Beweise nicht anerkannt (nicht akzeptiert) werden, sowie ihre prozessuale rechtliche Bedeutung und eine bestimmte Unnatürlichkeit bei Unterscheidung und Trennung der Angaben, die als Beweise nicht anerkannt werden, weil sie unzuverlässig sind, und von den Angaben, die als Beweise anerkannt werden, jedoch unzuverlässig sind; zum Dritten: der *Beweisulässigkeit* werden die nicht nur an das Beweiserhebungsverbot zu stellenden Rechtmäßigkeitsanforderungen zugeordnet, die in enger Verbindung mit dem Zeitpunkt der Beweiserhebung stehen, sondern auch andere, an die Beweisführung zu stellende Anforderungen. Diese Überlegungen schaffen Voraussetzungen, die Konzeption der *Beweisulässigkeit* zu ändern, wobei hier zugleich auch eine neue Terminologie angeboten wird.

1.1. Die Trennung zwischen der Anforderung, strafprozessuale Angaben (Beweise) nur rechtmäßig (gemäß gesetzlich festgelegtem Verfahren bzw. auf legale Art und Weise) zu erheben (zu erlangen) und den Kriterien, aufgrund deren bestimmt wird, wann rechtswidrig erhobene Angaben nicht als Beweise anerkannt (akzeptiert) werden, bedeutet die Tatsache, dass *die Zulässigkeit der Beweise* zwei relativ selbstständige Rechtskategorien vereint, die man gemäß der bestehenden rechtlichen Regelung wie folgt benennen kann: *Beweiserhebungszulässigkeit* und *Beweisverwertungsverbot*. Die durchgeführten wissenschaftlichen Analysen, Studien und Forschungsergebnisse verallgemeinernd kann man diese Kategorien folgendermaßen definieren: *Beweiserhebungszulässigkeit* bedeutet Grenzsetzung für eine rechtmäßige (zugelassene) und eine durch Rechtsnormen geregelte Tätigkeit der Rechtsträger bei Beweiserhebung. Das *Beweisverwertungsverbot* dagegen stellt ein Rechtsverbot, bestimmte Angaben als strafprozessuale Beweise zu verwerten: sie zu analysieren, bewerten und darauf eigene Überzeugungen aufzubauen sowie Prozessentscheidungen zu begründen. Nach einer während der Forschungsarbeit durchgeführten Systemanalyse der erhobenen Daten ist eine folgende Schlussfolgerung zu ziehen: *Verletzung der Beweiserhebungszulässigkeit* führt nicht unbedingt zu einem *Beweisverwertungsverbot*.

1.2. Das Verständnis des *Beweisverwertungsverbots* als eines Rechtsverbots bedeutet, dass die Bestimmung des Abs. 4 § 20 der StPO, gemäß der nur diejenigen Angaben als Beweise zu akzeptieren sind, die man aufgrund der von der StPO festgelegten Prozesshandlungen überprüfen kann, wie auch diejenigen Fälle, wenn die Angaben infolge ihrer rechtswidrigen Erhebung nicht als Beweise anerkannt werden, da sie unzuverlässig sind, sind dem Beweisverwertungsverbot nicht zu zuordnen. Davon abgesehen, ob Angaben (Beweise) als unzuverlässig bewertet werden (sei es ein menschlicher Fehler, eine unbekannte Informationsherkunft, eine Verletzung der Verfahrensform oder Ä.), wird eine derartige Beweisverwertung bei Festlegung der zu beweisenden Umstände durch das eigentliche Hauptziel des Strafverfahrens verhindert, und nämlich durch eine gerechte (im Sinne des materiellen Rechts) Urteilsfällung, d. h.

bei Anwendung unzuverlässiger Angaben (Beweise) kann die Wahrheit nicht aufgefunden gemacht werden; falls man nicht imstande ist, die Wahrheit aufzufinden zu machen, kann man die begangene Straftat auch nicht sachgemäß qualifizieren. Über die Tatsache, ob Angaben (Beweise) zuverlässig sind, entscheidet das Gericht gemäß seiner inneren Überzeugung (Grundsatz der freien Beweiswürdigung). Nachdem das Gericht bestimmt, dass Beweise unzuverlässig sind oder wenn es misslingt, entstandene Zweifel wegen ihrer Zuverlässigkeit zu beseitigen, hält sich das Gericht daran nicht mehr.

1.3. Die während der Forschungsarbeit gesammelten Angaben bringen zum Vorschein, dass das Rechtsverbot, bestimmte Angaben als Beweise im Strafverfahren zu verwerten, nicht nur deswegen angewandt werden kann, da sie rechtswidrig erhoben werden (z. B. in einer Strafgerichtsverhandlung nicht behandelte Angaben (Beweise); StPO § 301 Abs.1). Aus diesem Grunde ist das *Beweisverwertungsverbot* in ein *nicht selbstständiges Beweisverwertungsverbot* und *selbstständiges Beweisverwertungsverbot* zu trennen. Die verbindliche Voraussetzung und Grundlage (wenn auch nicht ausreichend), Angaben (Beweise) im Fall *eines nicht selbstständigen Beweisverwertungsverbots* zu verbieten, ist eine während der Beweiserlangung begangene Rechtsverletzung. Im Fall *eines selbstständigen Beweisverwertungsverbots* wird untersagt, Angaben (Beweise) zu verwerten, unabhängig davon, sind sie rechtmäßig bzw. rechtswidrig erlangt worden.

2. Die Tatsache, dass Angaben (Beweise) im Strafverfahren ausschließlich rechtmäßig erhoben werden müssen, wird in einem Rechtsstaat gar nicht angefochten. Weder von der Verfassung noch von weiteren Rechtsakten wird das Eingehen der Rechtsverletzungen bei Erhebung (Erlangung) von Angaben (Beweisen) gerechtfertigt. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten jedoch ermöglichen folgende Behauptung zu äußern, dass es bei Weitem nicht bedeutet, dass jede bei Beweiserhebung begangene Rechtsverletzung, die verschiedenartig zum Vorschein kommen kann: sei es Verletzung der durch Rechtsnormen verankerten bzw. von ihnen abgeleiteten Anforderungen oder Verletzung verschiedener Rechte, Freiheiten, rechtmäßiger Interessen oder auch Verletzung der Grundsätze, unausweichlich zu einem *Beweisverwertungsverbot* führt. Als strafprozessuale Maßnahme ist das *Beweisverwertungsverbot* keinesfalls die einzige mögliche Reaktion eines Staates auf die Rechtsverletzung, die während der Beweiserhebung begangen wird.

2.1. Der Imperativ einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege setzt im Rahmen der strafprozessualen Beweisführung eine grundsätzliche Bestimmung voraus, dass all das, was für die Festlegung der Wahrheit in einem Strafverfahren helfen kann, ist aufzufinden (falls möglich) und zu verwerten. Unter diesem Gesichtspunkt ist das *Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* eher als eine *Ausnahme* zu betrachten, *die lediglich bei Vorhandensein wichtiger Gründe angewandt wird*.

2.2. Die durchgeführten Forschungen ermöglichen es, zwischen dem formellen und materiellen Aspekt des *Beweisverwertungsverbots* zu unterscheiden. Formell gesehen ist die *Verwertung* derjenigen Beweise *unzulässig*, die rechtswidrig erlangt

werden und bei deren Verwertung das Gericht (bzw. ein anderes Subjekt) selbst gegen das Recht verstößt. In materieller Hinsicht (bezogen auf Inhalt) ist *das Beweisverwertungsverbot* in ein *gesetzlich festgelegtes/geregeltes Beweisverwertungsverbot* (z. B.: StPO § 160¹ Abs. 3) und *in ein gesetzlich unmittelbar nicht festgelegtes/geregeltes Beweisverwertungsverbot* zu trennen. In den gesetzlich nicht direkt geregelten Fällen wird das *Beweisverwertungsverbot* dann gerechtfertigt, wenn das eine angebrachte, erforderliche und adäquate (verhältnismäßige im engeren Sinne) Reaktion eines Staates auf die bei Beweiserhebung begangene Rechtsverletzung darstellt.

3. Im Rahmen der mithilfe der vergleichenden Analysemethode der Rechtslehre durchgeführten Forschungen war es möglich, drei Grundideen (Grundziele) zu entdecken, die für das *Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* zur Begründung dienen können: 1) *Disziplinieren der Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden*; 2) *Sicherung der Rechtsintegrität* und 3) *Sicherung individueller Rechte*. Unter dem Gesichtspunkt des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ermöglicht die Analyse dieser Ideen (Ziele), folgende Schlussfolgerungen zum *Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* in den gesetzlich nicht geregelten Fällen zu ziehen:

3.1. *Das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* **wird weder** durch das Bestreben, Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden bei Beweiserhebung von Rechtsverletzungen abzuschrecken, **noch** durch das Bestreben nach *Sicherung der strafrechtlichen Integrität* rechtfertigt. Aufgrund der Idee über die *Disziplinierung der Amtsträger der Strafverfolgungsbehörden* wird *mittels Beweisverwertungsverbots* erstrebt, Amtspersonen dermaßen zu beeinflussen, dass sie bei Beweiserhebung keine Rechtsverletzungen begehen (ein auf psychisches Verhältnis auswirkender Einfluss); das Bestreben, *strafrechtliche Integrität zu sichern*, bezieht die Gewichtung von Interessen ein, die eine Bewertung der bei Beweiserhebung begangenen Rechtsverletzung und der zu inkriminierenden Straftat im konkreten Fall beinhaltet. Die Schlussfolgerung, dass diese aufgeführten Ziele das *Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* nicht rechtfertigen, bedeutet folgendes: die Entscheidung der Frage hängt weder vom psychischen Verhältnis der Rechtsträger der Strafverfolgungsbehörden zur Rechtsverletzung, die bei Beweiserhebung begangen wird (sei es eine vorsätzlich, aus Fahrlässigkeit oder ohne eigene Schuld begangene Verletzung) noch von der Beschaffenheit der bei Beweiserhebung begangenen Rechtsverletzung (sei es ein Disziplinarvergehen, eine Ordnungswidrigkeit oder eine andere Rechtsverletzung bzw. Straftat), noch von der Beschaffenheit des an den Verdächtigten (Angeklagten) erhobenen Verdachts bzw. der Anklage (Art und Schwere der strafrechtlichen Handlung, Schuldform etc.).

3.2. *Das Verwertungsverbot rechtswidrig erhobener Beweise* **wird** durch das Bestreben der *Sicherung individueller Rechte* **gerechtfertigt**. Rechtswidrig erhobene Angaben (Beweise) werden dann als verwertungsunzulässig akzeptiert, wenn bei derer

Erhebung *Prozessrechte des Verdächtigten (des Angeklagten)* verletzt werden, die durch andere als mittels *Beweisverwertungsverbot* Maßnahmen zu kompensieren nicht gleichmäßig wäre. Derartige Rechte bedeuten *grundlegende Prozessgarantien des Verdächtigten (Angeklagten), die seine Rechte auf eine passive und aktive Verteidigung gewährleisten.*

4. Die durchgeführten Forschungen und abgefassten Schlussfolgerungen liegen der Behauptung nicht zugrunde, dass Zulassung der Verwertung rechtswidrig erhobener Beweise als eine Art Einschränkung des Rechts einer Person, derer Rechte und rechtmäßige Interessen verletzt worden sind, auf Schadensersatz, oder als Einschränkung des staatlichen Rechts (der Verpflichtung) darauf, um eine Person, die eine Rechtsverletzung begangen hat, zur Disziplinarverantwortung, zur verwaltungsrechtlichen bzw. strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Ganz im Gegenteil, um die Legitimität eines Staates zu gewährleisten, sollte die Wiederherstellung der verletzten Rechte bzw. der rechtmäßigen Interessen einer Person und die entsprechende Anschuldigung der eine Rechtsverletzung begangenen Person in den Fällen gewährleistet werden, wenn ein begangener Rechtsverstoß nicht durch ein *Beweisverwertungsverbot* „sanktioniert“ wird.

VERZEICHNIS DER WISSENSCHAFTLICHEN PUBLIKATIONEN

1. JUOZAPAVIČIUS, A. Beweisverbote im deutschen Strafverfahren. *Teisė*, 2008, t. 68, p. 108–126.

2. JUOZAPAVIČIUS, A. Auffassung der Beweiszulässigkeit im dem Strafprozessrecht der Republik Litauen. *Teisė*, 2010, t. 77, p. 81–97.

ANGABEN ÜBER DEN DOKTORANDEN

ANGABEN ZUR PERSON:

Geburtsdatum und -ort: am 11. Mai 1981, Alytus

AUSBILDUNG:

1999–2004	Studium an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Vilnius, Magister der Rechtswissenschaft
2006–2007	Studium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Magister Legum (LL.M.)
2005–2011	Doktoratsstudium am Lehrstuhl für Kriminalistik und Strafprozess (später – Lehrstuhl der Strafjustiz)

FREMDSPRACHEN:	Sprechen	Lesen	Schreiben
Englisch	sehr gut	sehr gut	sehr gut
Deutsch	sehr gut	sehr gut	sehr gut
Russisch	sehr gut	sehr gut	sehr gut

BERUFSERFAHRUNG:

Seit Januar 2005 bis März 2008	Assistent des Richters am Bezirksgericht Vilnius
Seit März 2008 bis jetzt	Berater der Gruppe, Abteilung für Strafrecht- und Strafprozess, Fachbereich für Rechtsforschung und -verallgemeinerung, Oberstes Gericht Litauen

REZIUMĖ

Tiriamoji problematika ir temos aktualumas. Nepriklausomai nuo teisinės tradicijos, kiekvienoje teisės sistemoje susiduriama su duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo baudžiamajame procese problema. Ji užkoduota teisinės valstybės idėjoje. Viena vertus, valstybė privalo apsaugoti visuomenę ir jos narius nuo nusikalstamų kėsinių, atskleisti nusikalstamas veikas ir nubausti jas padariusius asmenis. Antra vertus, valstybė tai privalo daryti teisėtomis priemonėmis, laikantis visuotinai pripažįstamų žmogaus teisių ir laisvių apsaugos standartų. Praktikoje, siekiant atskleisti nusikalstamas veikas, pagrindinės procesinės veiklos – duomenų (įrodymų) rinkimo – metu teisėtumo reikalavimo pažeidimo ne visada pavyksta išvengti. Tokiu atveju kyla klausimas, ar veiksmo, atlikto pažeidžiant teisę, rezultatai – duomenys (įrodymai) – gali būti naudojami grindžiant kaltininko dalyvavimą darant nusikalstamą veiką ir jo kaltumą.

Atsakymas į šį klausimą – ne iš lengvųjų. Žymaus vokiečių baudžiamojo proceso teisės mokslininko K. Rogall teigimu, teisės sistema, kuri kiekvieną teisės pažeidimą besąlygiškai „sankcionuotų įrodymų neleistinumą“, būtų nepajėgi įgyvendinti baudžiamojo proceso tikslų ir save paralyžiuotų, kita vertus, likdama indiferentiška teisės pažeidimų atžvilgiu, ne tik nesilaikytų konstitucinio teisėtumo reikalavimo, bet ir apskritai diskredituotų save *ad absurdum*, kai teisės saugomi interesai prarastų prasmę, o teisės normos būtų tik rekomendacinio pobūdžio bei vyrautų piktnaudžiavimas. Pritartina K. Rogall, kad atsakymas į šį klausimą negali būti kategoriškas.

2003 m. gegužės 1 d. įsigaliojęs Lietuvos Respublikos baudžiamojo proceso kodeksas (toliau tekste – BPK, naujasis BPK) nustatė nemažai įrodinėjimo baudžiamajame procese naujovių. Viena tokių – tiesiogiai įtvirtintos nuostatos, kad *įrodymai baudžiamajame procese yra įstatymų nustatyta tvarka gauti duomenys* (BPK 20 straipsnio 1 dalis) ir kad *įrodymais gali būti tik teisėtais būdais gauti duomenys* (BPK 20 straipsnio 4 dalis). Iš pirmo žvilgsnio šiomis nuostatomis įstatymų leidėjas išsprendė duomenų, gaunamų pažeidžiant teisę, naudojimo kaip įrodymų baudžiamajame procese problematiką: tokie duomenys negali būti įrodymais. Tačiau jei šios nuostatos būtų suprantamos tiesiogiai, tai iš esmės bet koks teisės pažeidimas, padarytas gaunant duomenis, nulemtų tokių duomenų negalimumą būti įrodymais baudžiamajame procese, ir tai greičiausiai reikštų baudžiamosios justicijos paralyžių. Netiesioginis šių nuostatų aiškinimas vis dėlto reikalauja papildomų kriterijų, kurie turėtų būti ne tik aiškūs, bet ir pagrįsti.

Duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo kaip įrodymų galimumo klausimas Lietuvos baudžiamojo proceso teisės doktrinoje tradiciškai analizuojamas *įrodymų leistinumo* kategorijos kontekste. Tačiau ši viena esminių įrodymų teisės kategorijų yra ir viena labiausiai neapibrėžtų visame mokyme apie įrodymus baudžiamajame procese. Iki šiol baudžiamojo proceso teisės doktrinoje nėra aiškios pozicijos, kodėl vienas ar kitas reikalavimas, keliamas įrodymams, priskiriamas *įrodymų*

leistinumui, kokia *įrodymų* pripažinimo *neleistinai* esmė ir procesinė teisinė reikšmė, kokie yra konkretūs *įrodymų neleistinumo* pagrindai ir apskritai kokia šio teisinio reiškimo prasmė. Siekiant nustatyti, kokiais atvejais teisės pažeidimas, padarytas gaunant duomenis (įrodymus), turėtų lemti duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą, moksliai pagrįsti atsakymai į šiuos klausimus yra ypač svarbūs.

Doktrina pagrįstų kriterijų, kuriais remiantis būtų galima spręsti duomenų (įrodymų), kurie gaunami vienaip ar kitaip pažeidžiant teisę, naudojimo leistinumo (neleistinumo) klausimą, nustatymas itin aktualus ir praktikai. Netinkamas šio klausimo išsprendimas gali ne tik pažeisti nacionalinės ar tarptautinės teisės aktų nuostatas, bet ir nulemti nusikalstamą veiką padariusio asmens išteisinimą ar nekalto asmens nuteisimą, taip pat skatinti visuomenę nepasitikėti baudžiamąja justicija. Deja, teismų praktika iki šiol nėra pateikusi aiškių šio klausimo sprendimo kriterijų, nepaisant to, kad naujasis BPK galioja jau daugiau kaip aštuonerius metus.

Disertacinio tyrimo objektas. Disertacinio tyrimo objektas yra visuomeniniai santykiai, susiklostantys po to, kai baudžiamajai bylai teisingai išspręsti reikšmingi duomenys (įrodymai) gaunami pažeidžiant galiojančią teisę, sprendžiant tokių duomenų (įrodymų) naudojimo baudžiamajame procese galimumo (leistinumo) klausimą.

Darbo tikslas ir uždaviniai. Disertaciniu tyrimu siekiama visapusiškai išanalizuoti *įrodymų leistinumo* sampratą, įvertinti jos pagrindumą naujojo baudžiamojo proceso teisinio reguliavimo (naujojo BPK) atžvilgiu, nustatyti duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *naudojimo neleistinumo* pagrindus.

Siekiant užsibrėžto tikslo keliami šie uždaviniai:

- atskleisti *įrodymų leistinumo* sampratą galiojant senajam BPK;
- atskleisti naujojo BPK novelių įrodinėjimo srityje įtaką duomenų kaip įrodymų naudojimo baudžiamajame procese galimumui ir pateikti naują *įrodymų leistinumo* sampratą;
- atskleisti duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *naudojimo neleistinumo* esmę ir prasmę, apibrėžti tokio neleistinumo pagrindus.

Disertacinio tyrimo hipotezė. *Įrodymų leistinumo* sampratos bei kriterijų, kuriais remiantis nustatoma, kada duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *neleidžiama naudoti* baudžiamajame procese, neapibrėžtumas gali lemti netinkamą teisingumo vykdymą.

Ginamieji disertacijos teiginiai. Atliktas tyrimas ir suformuluotos išvados pagrindžia šiuos ginamus teiginius:

1. *Įrodymų leistinumo* turinį sudaro dvi santykinai savarankiškos teisinės kategorijos, kurias pagal dabartinį teisinį reguliavimą galima įvardyti kaip *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumas* ir *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas*; pastaroji teisinė kategorija traktuotina kaip *teisinis draudimas* naudoti tam tikrus duomenis kaip įrodymus baudžiamajame procese.
2. Formaliuoju aspektu *neleistina naudoti* tų duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, kuriuos naudodamas teismas (ar kitas subjektas) pats pažeistų teisę;

materialiuoju (turinio) aspektu *neleistina naudoti* tų duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, kurių naudojimas tiesiogiai draudžiamas įstatymo, arba kai jų naudojimas būtų nepateisinamas proporcingumo principo atžvilgiu.

3. Duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *naudojimo neleistinumo* nepateisina nei siekis *atgrasinti baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnus nuo teisės pažeidimų, renkant (gaunant) įrodymus*, nei siekis *apsaugoti baudžiamosios justicijos moralinį autoritetą (reputaciją)*. Tai pateisina tik siekis *apsaugoti individualias teises*.
4. Įstatyme tiesiogiai nenustatytais atvejais duomenys (įrodymai), gauti pažeidžiant teisę, pripažintini *neleistinai naudoti* tik tada, kai juos gaunant yra pažeidžiamos *įtariamojo (kaltinamojo) procesinės teisės*, kurias kompensuoti kitomis priemonėmis nei *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas* būtų neproporcinga.

Darbo naujumas ir reikšmė. Didelis dėmesys *įrodymų leistinumui*, įskaitant ir duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *naudojimo neleistinumui* (įrodymų draudimams, negaliojimui, pašalinimui ar pan.), skiriamas kontinentinės Europos teisės tradicijos valstybėse, atstovaujančiose vokiškajai teisinei minčiai (Vokietijoje, Austrijoje, Šveicarijoje), taip pat anglosaksų teisinės tradicijos valstybėse. Lietuvos baudžiamojo proceso teisės doktrinoje *įrodymų leistinumas* yra viena mažiausiai nagrinėjamų temų, o kompleksinių *įrodymų leistinumo* sampratos, taip pat teisės pažeidimo, padaryto gaunant duomenis (įrodymus), įtakos duomenų (įrodymų) naudojimo leistinumui (neleistinumui) tyrimų iki šiol apskritai nėra.

Disertacinis tyrimas reikšmingas ne tik teoriniu aspektu. Duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumo pagrindai ir konkretūs kriterijai, kuriais remiantis nustatoma, kada teisės pažeidimas, padarytas gaunant duomenis (įrodymus), lemia jų naudojimo baudžiamajame procese neleistinumą, yra itin aktualus teismų praktikai. Suformuluotos išvados padės teismams geriau suvokti *įrodymų leistinumo* esmę ir prasmę, o konkretūs duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, *naudojimo neleistinumo* kriterijai, tikėtina, prisidės prie teisingumo vykdymo.

Darbo šaltiniai ir metodai. Disertaciniame tyrime taikomi įprastiniai teisės tyrimo metodai: istorinis, lingvistinis, loginės ir sisteminės analizės, teleologinis ir lyginamosios teisėtyros.

Darbo struktūra. Disertacinis tyrimas susideda iš įvado, dviejų dėstomųjų–tiriamųjų dalių, išvadų ir pasiūlymų, literatūros sąrašo.

Pirmojoje dalyje analizuojamos *įrodymų leistinumo* kaip teisinio reiškinio atsiradimo aplinkybės Lietuvos baudžiamojo proceso teisėje, identifikuojami tradicinio mokymo apie *įrodymų leistinumą* teigiami aspektai ir trūkumai. Daugiausia remiantis sisteminės analizės ir lyginamosios teisėtyros metodais formuluojama alternatyvi *įrodymų leistinumo* samprata, pagal kurią *įrodymų leistinumo* turinį sudaro dvi santykinai savarankiškos teisinės kategorijos, kurios pagal dabartinį teisinį reguliavimą įvardijamos kaip: *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumas* ir *duomenų*

(įrodymų) naudojimo neleistinumą. Šių kategorijų turinys disertaciniame tyrime atskleidžiamas taikant ne tik lingvistinį, loginį, sisteminių ir teleologinių teisės tyrimo metodus, bet ir lyginamosios teisėtyros metodą. Analizuojami vokiškieji „įrodymų draudimų“ (vok. – *Beweisverbote*), angliškųjų „įrodymų priimtimumo“ (angl. – *admissibility of evidence*), rusiškųjų „įrodymų leistinumą“ (rus. - *допустимость доказательств*) ir kitokie teisės sistemose egzistuojantys savo esme analogiški institutai. Galiausiai daroma išvada, kad *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumą* – tai teisės normomis apibrėžtos teisės subjektų leistino (teisėto) veikimo ribos, renkant (gaunant) duomenis (įrodymus); *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą* – tai teisinis draudimas naudoti tam tikrus duomenis kaip įrodymus baudžiamajame procese: analizuoti, vertinti, jais remiantis formuoti savo įsitikinimą, grįsti procesinius sprendimus.

Antroje dalyje atliekama mokslinė analizė, kurios metu siekiama nustatyti duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumą konstitucinius pagrindus, šio teisinio reiškinio prasmę ir pateisinimą teisinės valstybės baudžiamajame procese. Lyginamosios teisėtyros analizės pagrindu identifikuojamos trys pagrindinės idėjos (tikslai), kuriomis gali būti grindžiamas duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumą: 1) baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnų drausminimas; 2) baudžiamosios justicijos moralinio autoriteto (reputacijos) išsaugojimas ir 3) individualių teisių apsauga. Šios idėjos analizuojamos konstitucinio proporcingumo principo kontekste. Siekiama išsiaiškinti, kokiais atvejais duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumą yra tinkama, būtina ir adekvati (proporcinga siaurąja prasme) priemonė norimam tikslui pasiekti. Atliktos mokslinės analizės pagrindu daroma išvada, kad duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumą nepateisina nei siekis atgrasinti baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnus nuo teisės pažeidimų darymo, nei siekis išsaugoti baudžiamosios justicijos moralinį autoritetą (reputaciją). Tai pateisina tik siekis apsaugoti individualias teises. Taikant sistemines analizės ir lyginamosios teisėtyros metodus, pagrindžiamas ginamasis teiginys, kad įstatyme tiesiogiai nenumatytais atvejais duomenys (įrodymai), gauti pažeidžiant teisę, pripažintini neleistinai naudoti tik tada, kai juos gaunant yra pažeidžiamos įtariamojo (kaltinamojo) procesinės teisės, kurias kompensuoti kitomis priemonėmis nei duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą būtų neproporcinga. Atliktos mokslinės analizės pagrindu konkrečiai įvardijama, kad tokios teisės yra fundamentalios įtariamojo (kaltinamojo) procesinės garantijos, užtikrinančios jo pasyviosios ir aktyviosios gynybos teises.

Išvados ir pasiūlymai.

Atlikta norminės ir specialiosios literatūros analizė, empirinės medžiagos studijos bei lyginamosios informacijos tyrimai leidžia daryti tokias išvadas ir pasiūlymus:

1. BPK 20 straipsnio 1 ir 4 dalyse įtvirtintų nuostatų, kurios tradiciškai tapatinamos su *įrodymų leistinumą*, aiškinimo ir taikymo teismų praktikoje bei doktrininio plėtojimo analizė patvirtina, kad: pirma, egzistuoja atotrūkis tarp

reikalavimų, kurie keliami duomenų (įrodymų) rinkimui (gavimui), ir kriterijų, kuriais remiantis nustatoma, kada duomenys nepripažintini (nelaikytini) įrodymais: šie reikalavimai ir kriterijai nesutampa; antra, egzistuoja neapibrėžtumas, įvardijant duomenų nepripažinimo (nelaikymo) įrodymais esmę ir procesinę teisinę reikšmę, bei dirbtinumas, išskiriant duomenis, kurie įrodymais nepripažįstami dėl to, kad nepatikimi, ir duomenis, kurie pripažįstami įrodymais, tačiau yra nepatikimi; trečia, *įrodymų leistinumui* priskiriami ne tik teisėtumo reikalavimai, keliami duomenų (įrodymų) rinkimui (gavimui), kurie siejami būtent su duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) momentu, bet ir kitokie reikalavimai, keliami įrodinėjimui. Šios išvalgos sudaro prielaidas keisti *įrodymų leistinumą* sampratą, pasiūlant naują terminiją.

1.1. Atotrūkis tarp reikalavimo duomenis (įrodymus) baudžiamajame procese rinkti (gauti) tik teisėtai („įstatymų nustatyta tvarka“, „teisėtais būdais“) ir kriterijų, kuriais remiantis nustatoma, kada duomenys, gauti pažeidžiant teisę, nepripažįstami (nelaikomi) įrodymais, reiškia tai, kad *įrodymų leistinumą* sujungia dvi santykinai savarankiškas teisinės kategorijas, kurias pagal dabartinę teisinę reguliavimą galima įvardyti kaip: *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumą* ir *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą*. Apibendrinus atliktų mokslinių analizių, studijų, tyrimų rezultatus, šios kategorijos apibrėžtinės taip: *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumą* – tai teisės normomis apibrėžtos teisės subjektų leistino (teisėto) veikimo ribos, renkant (gaunant) duomenis (įrodymus); *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą* – tai teisinis draudimas naudoti tam tikrus duomenis kaip įrodymus baudžiamajame procese: analizuoti, vertinti, jais remiantis formuoti savo įsitikinimą, grįsti procesinius sprendimus. Sistemiskai išanalizavus mokslinių tyrimų metu surinktus duomenis, darytina išvada, kad *duomenų (įrodymų) rinkimo (gavimo) leistinumą* pažeidimas nebūtinai lemia *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą*.

1.2. *Duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą* kaip teisinio draudimo supratimas reiškia tai, kad BPK 20 straipsnio 4 dalies nuostata, jog įrodymais gali būti tik duomenys, kuriuos galima patikrinti BPK numatytais proceso veiksmis, kaip ir atvejai, kai duomenys, gauti pažeidžiant įstatyme nustatytą jų gavimo tvarką, nepripažįstami įrodymais dėl to, kad nepatikimi, nepriskirtini *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumui*. Nepriklausomai nuo priežasties, dėl ko duomenys (įrodymai) yra įvertinami kaip nepatikimi (žmogaus klaida, nežinoma informacijos kilmė, proceso formos pažeidimas ir pan.), jų naudojimui, nustatant įrodinėtinas aplinkybes, užkerta kelią pagrindinis baudžiamojo proceso tikslas – materialiosios teisės prasme teisingo nuosprendžio priėmimas: nepatikimais duomenimis (įrodymais) negali būti nustatyta tiesa, o nenustačius tiesos – tinkamai kvalifikuota nusikalstama veika. Tai, ar duomenys (įrodymai) patikimi, teismas vertina pagal savo vidinį įsitikinimą (*laisvo įrodymų vertinimo principas*). Nustatęs, kad duomenys (įrodymai) nepatikimi ar nepavykus pašalinti abejonių dėl jų patikimumo, teismas jais nesivadovauja.

1.3. Mokslinių tyrimų metu surinkti duomenys rodo tai, kad teisinis draudimas naudoti tam tikrus duomenis kaip įrodymus baudžiamajame procese gali būti taikomas

ne tik dėl to, kad duomenys (įrodymai) yra gaunami pažeidžiant teisę (pavyzdžiui, teisiamajame posėdyje neišnagrinėti duomenys (įrodymai); BPK 301 straipsnio 1 dalis). Dėl to *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas* išskirtinas į *nesavarankišką duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą* ir *savarankišką duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą*. Būtinoji prielaida ir pagrindas (nors ir nepakankamas) drausti naudoti duomenis (įrodymus) *nesavarankiško duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumo* atveju yra padarytas teisės pažeidimas juos gaunant. *Savarankiško duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumo* atveju duomenis (įrodymus) draudžiama naudoti nepriklausomai nuo to, teisėtai jie gauti ar pažeidžiant teisę.

2. Tai, kad duomenys (įrodymai) baudžiamajame procese privalo būti renkami (gaunami) tik teisėtai, teisinėje valstybėje yra nekvestionuojama, ir nei Konstitucija, nei kiti teisės aktai nepateisina teisės pažeidimų darymo, renkant (gaunant) duomenis (įrodymus). Tačiau mokslinių tyrimų rezultatai leidžia teigti, kad tai dar nereiškia, jog bet koks teisės pažeidimas, padarytas renkant (gaunant) duomenis (įrodymus), kuris gali pasireikšti kaip teisės normose įtvirtintų ar iš jų išvedamų reikalavimų, įvairių teisių, laisvių ar teisėtų interesų, taip pat principų pažeidimas, neišvengiamai lemia *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą*. Kaip baudžiamojo proceso teisės priemonė *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas* nėra vienintelė galima valstybės reakcija į padarytą teisės pažeidimą, renkant (gaunant) duomenis (įrodymus).

2.1. Konstitucinis veiksmingos (efektyvios) baudžiamosios justicijos imperatyvas įrodinėjimo baudžiamajame procese aspektu suponuoja principinę nuostatą, kad visa tai, kas gali padėti nustatyti tiesą baudžiamojoje byloje, turi būti surasta (jei įmanoma) ir naudojama. Šiuo požiūriu *duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumas* traktuotinas kaip *išimtis, taikoma tik esant svarbiems pagrindams*.

2.2. Atlikti moksliniai tyrimai leidžia išskirti formalųjį ir materialųjį *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumo* aspektus. Formaliuoju aspektu *neleistina (draudžiama) naudoti* tų duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, kuriuos naudodamas teismas (ar kitas subjektas) pats pažeistų teisę. Materialiuoju (turinio) aspektu *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas* išskirtinas į *įstatyme nustatytą duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą* (pavyzdžiui, BPK 160¹ straipsnio 3 dalis) ir *įstatyme tiesiogiai nenustatytą duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumą*. Įstatyme tiesiogiai nenustatytais atvejais *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumas* pateisinamas, kai tai yra tinkama, būtina ir adekvati (proporcinga siaurąja prasme) valstybės reakcija į padarytą teisės pažeidimą, renkant (gaunant) duomenis (įrodymus).

3. Moksliniai tyrimai lyginamosios teisėtyros aspektu leidžia identifikuoti tris pagrindines idėjas (tikslus), kuriomis gali būti grindžiamas *duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumas*: 1) *baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnų drausminimas*; 2) *baudžiamosios justicijos moralinio autoriteto (reputacijos) išsaugojimas* ir 3) *individualių teisių apsauga*. Šių idėjų (tikslų) analizė konstitucinio proporcingumo principo atžvilgiu leidžia daryti tokias išvadas dėl *duomenų (įrodymų),*

gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumo įstatyme tiesiogiai nenustatytais atvejais:

3.1. *Duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumo nepateisina* nei siekis *atgrasinti baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnus nuo teisės pažeidimų, renkant (gaunant) įrodymus*, nei siekis *apsaugoti baudžiamosios justicijos moralinį autoritetą (reputaciją)*. Remiantis *baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnų drausminimo idėja, duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumu* siekiama taip paveikti pareigūnus, kad jie rinkdami duomenis (įrodymus) nepažeidintų teisės (poveikis nukreiptas į psichinį santykį), o siekis *išsaugoti baudžiamosios justicijos moralinį autoritetą (reputaciją)* implikuoja interesų svėrimą, apimantį padaryto teisės pažeidimo, gaunant duomenis (įrodymą), ir inkriminuojamos nusikalstamos veikos vertinimą konkrečiu atveju. Dėl to išvada, kad šie tikslai *nepateisina duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumo*, reiškia tai, kad šio klausimo sprendimas negali priklausyti nuo baudžiamojo persekiojimo institucijų pareigūnų psichinio santykio su padarytu teisės pažeidimu gaunant duomenis (įrodymą) (pažeidimas padarytas tyčia, dėl neatsargumo ar visai be kaltės), padaryto teisės pažeidimo pobūdžio (padarytas drausminis, administracinis pažeidimas, nusikalstama veika ar kitoks teisės pažeidimas), taip pat nuo įtariamajam (kaltinamajam) reiškiamo įtarimo (kaltinimo) pobūdžio (nusikalstamos veikos rūšies, nusikaltimo sunkumo, kaltės formos ir pan.).

3.2. *Duomenų (įrodymų), gautų pažeidžiant teisę, naudojimo neleistinumą pateisina* siekis *apsaugoti individualias teises*. Duomenys (įrodymai), gauti pažeidžiant teisę, pripažintini neleistinai naudoti, kai juos gaunant yra pažeidžiamos *įtariamojo (kaltinamojo) procesinės teisės*, kurias kompensuoti kitomis priemonėmis nei *įrodymų naudojimo neleistinumas* būtų neproporcinga. Tokios teisės yra *fundamentalios įtariamojo (kaltinamojo) procesinės garantijos, užtikrinančios jo pasyviosios ir aktyviosios gynybos teises*.

4. Atlikti moksliniai tyrimai ir suformuluotos išvados nesudaro pagrindo teigti, kad leidimas naudoti duomenis (įrodymus), gautus pažeidžiant teisę, gali būti traktuojamas kaip ribojantis asmens, kurio teisės ar teisėti interesai pažeisti, teisę reikalauti atlyginti žalą ar valstybės teisę (pareigą) traukti teisės pažeidimą padariusį asmenį drausminėn, administracinėn ar baudžiamojon atsakomybėn. Priešingai, kad būtų užtikrintas valstybės legitimumas, tais atvejais, kai padarytas teisės pažeidimas nėra „sankcionuojamas“ *duomenų (įrodymų) naudojimo neleistinumu*, turėtų būti užtikrinamas asmens pažeistų teisių ar teisėtų interesų atkūrimas bei teisės pažeidimą padariusio asmens patraukimas atitinkamam atsakomybėn.